



mus der Menschenrechte» (S. 198).

Bemerkenswert und wohl auch fragwürdig am Konzept ist, dass Mende die Frage der demokratischen Abstützung und Weiterentwicklung der Menschenrechte nicht stellt. Es wird zwar ersichtlich, dass Menschenrechte deklariert und vertraglich festgehalten werden und damit Resultat von politischen Prozessen sind. Sie werden faktisch durch politische «Eliten» und damit von Minderheiten erlassen – oft im Einklang mit der öffentlichen Meinung und deutlichen Mehrheiten von Wahl- oder Abstimmungsberechtigten. Die politischen «Eliten» rechtfertigen ihr Bestimmungsrecht gewöhnlich durch die Gefährlichkeit von Mehrheitsentscheiden für Minderheiten und die Menschenrechte – entgegen allen historischen Erfahrungen, die zeigen, dass es vor allem die politischen «Eliten» sind, welche die Menschenrechte, auch die von Minderheiten, missachten. Der Zusammenhang von Demokratie und Menschenrechten, die Frage nach der Absicherung von Menschenrechten in Bevölkerungsmehrheiten würde etwas Aufmerksamkeit verdienen.

Janne Mende (2021), *Der Universalismus der Menschenrechte*, München: utb.



## Habermas und die Europäische Union

Der Autor, Fabrizio Micalizzi, untersucht unter Rückgriff auf Theorien von Jürgen Habermas, wie die Institutionen der EU in den Bevölkerungen besser legitimiert werden können. Er fragt sich dabei nicht, wie angesichts zunehmender Internationalisierung und internationaler Zusammenarbeit ein Maximum an demokratischer Mitwirkung zu organisieren wäre, wodurch die demokratische Legitimationsbasis der internationalen Ebene optimal gewährleistet wäre. Er geht vielmehr von der real existierenden EU aus, die er fälschlicherweise gewöhnlich «Europa» nennt, stellt deren Legitimitätsprobleme fest und will dann dieser mehr Legitimität zufließen lassen – mit Mitteln, die von einem demokratischen Standpunkt aus eher kosmetisch wirken. Dies rechtfertigt er dadurch, dass die EU ein Gebilde eigener Art sei, dessen Legitimationsmethoden man nicht unbedingt mit traditionellen Legitimationsmethoden des territorialen, demokratischen Rechtsstaates vergleichen dürfe.

Er geht dabei von einer klassischen Behauptung aus, die einer genaueren Betrachtung nicht Stand hält: «Der legitimationswirksame Handlungsspielraum des Nationalstaates zur Erbringung von Steuerungs- und Organisationsleistungen in einer zunehmend interdependenten und polyzentrisch vernetzten Weltgesellschaft mit ihrem globalisierten ökonomischen System wird immer geringer» (S. 371). Dem ist entgegenzuhalten, dass (1) die Verminderung des Handlungsspielraums internationalen Verträgen wie der WTO oder den EU-Verträgen zuzuschreiben ist. Diese

wurden durch die beteiligten Staaten abgeschlossen und die Staaten sind immer noch die Herren dieser Verträge. Man müsste sich etwa die Frage stellen, auf Grund welcher Machtverhältnisse sich die Territorialstaaten in manchen Bereichen der Handlungsfähigkeit berauben. (2) Der Globalisierungsgrad wird oft überschätzt. So findet die «Globalisierung» für EU-Länder vor allem innerhalb der EU statt: die internationalen Handelsströme von EU-Ländern fließen überwiegend innerhalb der EU.

Micalizzi nimmt gegenüber Habermas durchaus auch kritische Distanz wahr: «Habermas transponiert [] wenig kreativ [] sein im bundesdeutschen Kontext entwickeltes Identitätskonzept des Verfassungspatriotismus. Jedoch erliegt er [] der Versuchung einer europäischen Identitätskonstruktion durch Abgrenzung von den USA. Er liefert denn auch keine [] Argumente, warum ein negatorisches wir mit seinen gefährlichen Wir-Sie Gegensätzen auf europäischer Ebene wünschenswert sein soll, wo es auf nationaler Ebene desavouiert wurde». Das ist richtig. Es stellt sich allerdings die Frage nach sinnvollen Alternativen. Micalizzi scheint eine etwas reformierte EU vorzuschweben, die z.B. die institutionellen Probleme bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion löst, eine gewisse, nicht zu weitgehende Stärkung des EU-Parlaments und zuletzt eine Belebung der transnationalen Öffentlichkeit, bestehend aus sich gegenseitig beeinflussenden Öffentlichkeiten der Mitgliedstaaten.

Das Buch ist durch den unnötig schwierigen habermaschen Jargon nicht unbedingt leicht lesbar, aber durchaus lesenswert. Es gewährt Einblick in die Gedankenwelt mancher EU-Befürworter.

Fabrizio Micalizzi (2017), *Habermas und die Europäische Union: Perspektiven für eine Legitimitätssteigerung der europäischen Institutionen*, Nomos: Baden-Baden.

Fabrizio Micalizzi (2017), *Habermas und die Europäische Union: Perspektiven für eine Legitimitätssteigerung der europäischen Institutionen*, Nomos: Baden-Baden.



## Geld. Macht. Politik

Der neueste Widerspruch (Nr. 77) widmet sich der vorherrschenden Ideologie vom Wohlstand durch staatliches Sparen, die durch die Covid-19-Kredite ins Wanken geraten sei. «Erstmals seit der Bankenkrise 2008 floss Geld unkompliziert und in riesigen Mengen. Dass solche staatlichen Interventionen nicht zwingend Schulden aufhäufen, die wieder eingesparrt werden müssen, zeigt etwa die Modern Monetary Theory. Entscheidend für die Zukunft bleibt dabei, in was investiert wird und wer darüber entscheidet». Die Modern Monetary Theory (MMT) nimmt im Heft entsprechend eine zentrale Rolle ein.

In einem Einstiegskapitel wird die MMT skizziert, wobei die Ausführungen zu kurz geraten sind, um sie wirklich verstehen zu können. Es wird auf ein Einführungsbuch in die modernen Geldsysteme verwiesen, eine etwas verständlichere Einführung wäre aber im Rahmen des Schwerpunktes des Heftes sicher nützlich gewesen. Es heisst etwa: «Ein Staat mit souveräner Währung ist in seinen Ausgaben nicht



beschränkt. Sämtliche Ausgaben werden immer durch die Zentralbank getätigt. Eine Regierung ist zahlungsfähig, solange sie durch politische Regeln nicht behindert wird und die Zentralbank ihre Solvenz sicherstellt. Sie benötigt weder Steuern noch Anleihen, um ihre Ausgaben zu «finanzieren» (S. 25). Die Aussagen kommen recht unvermittelt daher – und widersprechen wohl den Vorstellungen der meisten Leserinnen und Leser. Immerhin macht der Staat Schulden (z.B. durch die Ausgabe von Staatsanleihen) und erhebt Steuern – was gewöhnlich durch Staatsaufgaben gerechtfertigt wird. Zudem werden die meisten bei solchen Ausführungen unmittelbar an Inflation denken. Später im Text wird dann in der Tat von realen Grenzen der staatlichen Ausgaben gesprochen: es sind dies die temporären Kapazitätsgrenzen einer Volkswirtschaft, deren Nichtbeachtung zu Inflation führte.

Die Notwendigkeit von Steuern wird nicht verneint. Gemäss Autoren dienen Steuern aber z.B. dazu, die Akzeptanz der eigenen Währung zu sichern. «Da die Steuerschuld nur mit dem staatlichen Geld beglichen werden kann, haben alle steuerpflichtigen Bürger\*innen ein Interesse daran, das staatliche Geld zu erhalten und dem Staat dafür Leistungen anzubieten». Das liegt doch etwas quer zu üblichen Denkgewohnheiten und bedürfte weiterer Ausführungen – ihr Beispiel aus einem Vierpersonen Haushalt ist diesbezüglich wenig erhellend. Einsichtig hingegen ist sicher, dass man den Staatshaushalt nicht ohne weiteres mit dem Haushalt einer Unternehmung oder von Einzelpersonen vergleichen kann, da der Staat mittels Zentralbank etwa einen Teil des Geldes schöpft (Noten und Münzen; per Knopfdruck kann die Zentralbank Währungseinheiten schaffen und mit diesen z.B. Wertpapiere kaufen. Das bringt neu geschaffenes Geld in Umlauf. Diese Möglichkeiten haben Private, Unternehmungen, Gemeinden, Kantone oder EU-Mitgliedstaaten nicht.).

Wesentliche Voraussetzungen für die Nutzung der Ausgabenfähigkeit des Staates sind gemäss MMT drei Punkte, welche die Währungssouveränität eines Staats ausmachen:

- Währungsmonopol: Die Regierung gibt ihre eigene Währung heraus (mit Hilfe ihrer Zentralbank). Sie hat das Recht, diese Währung zu emittieren und akzeptiert bei allen Zahlungen an den Staat (Steuern, Abgaben, etc.) nur diese Währung.
- Flexibler Wechselkurs: Die Regierung verspricht keine Konvertierbarkeit der eigenen Währung in ein Edelmetall oder in eine andere Währung zu einem spezifischen Kurs.
- Keine Staatsanleihen in Fremdwährungen.

Die Frage der Währungssouveränität spielt im ganzen Heft eine wichtige Rolle. Sie ist die Grundlage für eine im Rahmen der zu begrenzenden Inflation möglichst freien Investitionspolitik des Staates. Hier kommt die Gewichtung der Investitionen ins Spiel. Es ist nicht garantiert, dass der Staat die Mittel sinnvoll einsetzt. Dies kann nur durch möglichst feinmaschige demokratische Kontrolle erreicht werden – ein Punkt, der im Heft zu wenig thematisiert wird.

Wie souverän ist die Schweiz bezüglich ihrer Währungspolitik? Christian Arnsperger verweist in seinem Beitrag auf die Inflationsgefahr, wobei diese unter Berücksichtigung der starken wirtschaftlichen Vernetzung der Schweiz mit dem Ausland zu analysieren ist. Durch zu viel Geld intern geschaffene Inflation kann mittels Abwertung der Währung zu einer Verteuerung der importierten Waren und Dienstleistungen führen, was die Inflation verstärkt. Trotzdem sollte gemäss Arnsperger die Schweiz grosszügiger mit Geld umgehen, um dringende Probleme zu lösen. «Gut auf die Realwirtschaft abgezielte Staatsausgaben erzeugen keine «Schulden» und kein «Inflation», sondern verbessern unweigerlich die wirtschaftliche Lage. In Wirklichkeit geht es der Schweiz nicht wegen, sondern trotz der öffentlichen «Ersparnisse» und «Schuldenbremsen» relativ gut.»

Einige Artikel sind der Währungs- und Schuldenproblematik von Ländern des «globalen Südens» gewidmet. In den Zusammenhang mit der MMT stellt diese Basil Oberholzer. Die meisten Länder, insbesondere jene des Globalen Südens müssen Importe mit Dollars bezahlen. Diese erhalten sie durch Exporterlöse oder sonstige Zuflüsse wie ausländische Direktinvestitionen, Geldüberweisungen der Diaspora, Finanzhilfen oder durch Verschuldung. Führt ein Staat in dieser Situation die Ausgaben hoch, wird die Nachfrage nach ausländischen Produkten gesteigert. Die Importe nehmen also zu, während sich an den Exporten unmittelbar noch nichts ändert. Es resultiert ein Handelsbilanzdefizit, wodurch sich das Land im Ausland verschuldet. Auf den Devisenmärkten steigt die Nachfrage nach US-Dollar im Verhältnis zur einheimischen Währung, was letztere abwertet. Die Importe werden dadurch teurer, was die Inflation anheizt. Die Auslandsschulden wiegen durch die Abwertung der Währung schwerer. Aufgrund der steigenden Schuldenlast erhält das Land weniger Kredite. Das Land muss sich an den Internationalen Währungsfonds (IWF) wenden und erhält Kredite nur unter der Bedingung von Strukturanpassungsprogrammen. Ein lesenswertes Heft.

*Widerspruch 77 (2021), Geld.Macht.Politik, www.widerspruch.ch, Rotpunktverlag: Zürich.*